

P r o t o k o l l

Über die nichtöffentliche Sitzung des Landtages vom 14. November 1933 vormittags ½9 Uhr.

Anwesend sämtliche Abgeordnete mit Ausnahme des krankheits- halber entschuldigtem Abg. Ludw. Ospelt, Vaduz

Reg. Vertreter: Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner

Gegenstand bildet Vorsbesprechung einzelner Punkte der Tagesordnung.

1. Abänderung des ^{Rechtsagententarifes} Vermögensvorschriften.

Reg. Chef: Es wurde schon die längste Zeit im Volke die Ansicht vertreten dass die geltenden Tarife viel zu hoch seien. Und es kommen tatsächlich Fälle vor, wo die Kosten höher sind als der betriebene Betrag. Man hat verschiedene Möglichkeiten erwogen. Entweder die Kosten zuteilen unter den Schuldner und den Gläubiger. Ferner Herabsetzung des Tarifes und Reduzierung der Spem- pelgebühren. Das Landgericht steht auf dem Standpunkt, dass eine Herabsetzung der Tarife das vorläufig einfachste Mittel sei. Die Finanzkommission hat die Regierung ersucht, einen einheitlichen Tarif aufzustellen, der für Advokaten und Agenten den gleichen Tarif vorsieht.

Dr. Beck: Ich bin erstaunt über die ganze Vorlage. Man muss mei- nes Erachtens die ganze Materie grundsätzlich regeln. Nach den geltenden schweizerischen Gesetzen hat der Gläubiger die Kosten der Betreibung zu bezahlen. Es sollte überhaupt mit dieser Kosten- macherei aufgehört werden.

Präsident: Ich möchte nicht für die Agenten und Advokate reden. Es ist natürlich sehr populär, die Abschaffung der Betreibungs- kosten das Wort zu reden. Aber auch der Gläubiger muss geschützt werden. Es handelt sich manchmal um arme Gläubiger. Wenn man den Schuldnern die gesetzliche Möglichkeit gibt, nicht mehr zu zahlen, so wird das besonders das Kleingewerbe hart treffen. Es hat auch viele Schuldner, die nicht zahlen wollen. Dass man demjenigen, der zugut hat, noch die Kosten auferlegt, ist auch nicht gerechtfertigt.

Ein mässiger Satz, wie er vorgeschlagen ist, kann verantwortet werden. Es denken dann die Schuldner auch wieder eher ans Zahlen.

Marxer: weist auf die Ausbeuterei durch die Hausreisenden hin, die dem hiesigen Handelsgewerbe das Bargeld wegnähmen.

Risch Bernh. Wenn nur ehrliche Schulden gemacht würden, würde ich es für angezeigt erachten, die Kosten dem Gläubiger aufzuladen. Aber es sind vielfach solche, die nicht zahlen wollen. Es ist manchmal Liederlichkeit oder gar Bosheit. Es wäre wirklich zu wünschen, wenn dem Hausierunwesen ein Damm gesetzt werden könnte.

Präsident: Vielleicht lässt es sich studieren, wie Einhalt geboten werden könnte.

Reg. Chef: Es lässt sich nichts machen. Wir wollten an die Schweiz herantreten, aber sie geht nicht darauf ein. Es waren unsere Bemühungen vollständig fruchtlos.

Hoop: Weist ebenfalls auf den Hausierhandel hin, der unseren Geschäftsleuten schwer schade. Es kommen dann auch immer Anfragen an die Ortsvorsteher, die man manchmal im Interesse der hiesigen Geschäftsleuten ganz anders beantworten sollte. Manchmal ~~MMMMMM~~ natürlich kommt man nicht drumm herum, solche Auskünfte zu geben.

Präsident: Die Vorsteher sollen solche Anfragen kurzerhand zurücksenden. Sie sind nicht verpflichtet, solche Auskünfte zu erteilen. Doch sind wir etwas vom Gegenstande abgeraten. Wie stellen sich die Herren Abgeordneten zum Tarif.

Batliner: Ich glaube, dass man den vorliegenden ermässigten Tarif annehmen darf. Es ist ein Mittelweg.

Hoop: Ich wäre nicht abgeneigt, auch dem Gläubiger etwas Kosten aufzuladen.

Dr. Beck: Ich finde diese Regelung als eine Lösung, der ich nicht zustimmen kann. Es sollte das ganze Betreibungsrecht einheitlich geregelt werden. Nicht dass ich etwas als Anwalt gegen die Herabsetzung der Tarife wäre. Ich habe diese Betreibungen immer wider meinen Willen machen müssen. - Es heisst auch, dass man österreichische ~~MMMMMMMM~~ Novellen zu übernehmen gedenke. Wir sind doch wirtschaftlich an die Schweiz angeschlossen. Was ist das Wahres

an der Sache?

Reg.Chef: Wir haben tatsächlich mit einem Innsbrucker Universitätsprofessor verhandelt. Derselbe hat ein Gutachten über die Weiterentwicklung des liechtensteinischen Rechtes, das zwiefach ist, abgegeben. Er meint nun, man sollte sich in einer Richtung festlegen. Zu konkreten Sachen ist man nicht gekommen. Ich werde dem Herrn Dr. Beck das Gutachten zur Einsicht übergeben. Er kann sich dann auch äussern dazu.

Präsident: Wir müssen uns nun für das eine oder andere entscheiden. Entweder generell ablehnen oder neue Vorschläge machen. Etwas sollte geschehen. Die Herabsetzung der Tarife beinhaltet doch einen Schritt weiter gegenüber früher. In absehbarer Zeit könnte dann die ganze Sache gesetzlich geregelt werden. Für den Schuldner bedeutet der ermässigte Tarif doch eine Erleichterung. Es ist diese Regelung nur als ein Provisorium zu betrachten, dass die Advokaten und Agenten nicht mehr reich werden können, sieht wohl er reduzierte Tarif vor. Etwas aber müssen sie auch haben für ihre Auslagen.

Dr. Beck: Es sollten die Stempelgebühren ganz fallen gelassen werden. In der Schweiz sind sie auch grundsätzlich verboten. Bei uns macht der Staat aus der Not eine Einnahme.

Ferdi Risch: Vielleicht könnte man die Kosten halbieren.

Reg.Chef: Dazu braucht es eine gesetzliche Regelung. Ich würde empfehlen, ~~MM~~ vorläufig diese ermässigten Tarife anzunehmen.

Präsident: Die Ansichten gehen also in vielem auseinander.

Grundsätzlich glaube ich, hat man sich ausgesprochen, diese provisorische Regelung zu treffen. Sie ist auch als Provisorium akzeptabel. Ich möchte den Antrag stellen, die Sache im offenen Landtage weiter zu diskutieren.

Näscher: Wie steht es mit den Exportprämien für Vieh? Ich finde, dass da vieles nicht recht ist. Er weist auf Fälle hin.

Präsident: Die Prämien sind vorgesehen zur Belebung des Viehhandels und nicht als eine Subvention für den Bauer. Es hat sich gezeigt, dass es gut geht. Der Handel hat sich belebt. Es ist also

diese Ausgabe begründet.

Vogt: weist ebenfalls auf Mängel in der Handhabung hin. Diese Kontrollscheine sollten durch die Hand des Viehzuchtinspektors gehen.

Hoop: Vielleicht liessen sich Unzukömmlichkeiten dadurch beheben, dass man die Nummer des Gesundheitsscheines auf den Kontrollschein aufdrückt.

Risch Ferdi: Ich möchte beantragen, dass man einmal eine Kontrolle durchführt. Vielleicht könnte dieselbe durch 2 Mann vorgenommen werden und dann hätte man eine Uebersicht, wie es gehandhabt wird.

Fränk: Ich möchte fragen, was für Löhne heuer bei den Kanalarbeiten gelten. Es heisst daß verschiedenes. Reg. Chef und Landstechniker Vogt sollen sich geäußert haben, dass die Löhne heruntergesetzt werden. Dagegen muss ich entschieden auftreten. Dem Arbeiter soll sein bescheidener Lohn gelassen werden, sonst erheischt es einen weiteren Abbau. Wenn der Arbeiter einmal etwas will, so ist man nicht dafür. Es müssen die Arbeiter immer Lumpen sein. Es hat aber auch unter den Arbeitern ehrliche Leute, die sparen.

Reg. Chef: Ich muss Verwahrung einlegen gegen dieses Gerücht. Ich habe diesbezüglich kein Wort verlauten lassen. Ich habe nicht gesagt, 80 Rp. seien genug. Landstechn. Vogt und ich haben wohl verschiedentlich über die Sache gesprochen. Der Arbeitsmangel ist eben so gross, dass die Leute noch gern schaffen würden, wenn sie nur 70 Rp. bekommen.

Dr. Beck: Welche Richtlinien sind massgebend bei der Auswahl der Arbeiter. Viele bekommen gar keine Arbeit. ~~XXXXXXXXXX~~. Es sind Fälle vorgekommen, die ganz augenscheinlich sind. Ich könnte mich anerbötig machen, krasse Fälle aufzuzählen. Es scheint da etwas nicht in Ordnung zu sein. Man sollte alle schaffen lassen, solange eine Arbeit dauert, es wären am Berg alle arbeitsbedürftig. Die heutige Handhabung und Auswahl der Arbeiter hat einen furchtbaren Hass im Volke hervorgerufen.

Reg. Chef= Es gilt einzig das Prinzip der Bedürftigkeit. Aber be-

greiflich gehen die Ansichten über die Bedürftigkeit auseinander. Es ist eine reine Ermessungssache. Es ist angeblich jeder selbst der Ärmste. Ich bin überzeugt, dass das Arbeitsamt korrekt vorgegangen ist, aber es ist eben schwer, hier allen alles recht zu machen. Es sind schon Fälle vorgekommen, dass solche mit einem Reinvermögen von über Fr. 60,000 sich als die Bedürftigsten hingestellt haben

Frick: Ich möchte wissen, wie es mit der Entlohnung der Arbeiter bei den Kanalarbeiten steht. Ich wurde von Arbeitern angefragt & ich muss ihnen Bescheid geben.

Landeschniker Vogt wird gerufen.

Vogt Landestechniker klärt auf, dass gemäss des seinerzeitigen Landtagsbeschlusses die Löhne gelten wie bisher, als minimal 80 Rp und für Maurer bis zu Fr. 1'20. Das sei in den Verträgen ausdrücklich enthalten und die Unternehmer haben sich daran zu halten.

Frick: Es fragt sich dann, ob es auch gehalten wird.

Elkuch: Wie steht es heuer mit den Notstandsarbeiten? Springt das Land wieder bei oder nicht?

Reg. Chef: Die finanzielle Seite ist viel zu wenig abgeklärt. Wenn uns die bisherigen Einnahmen aus der Lotterie entgehen, so sehe ich nicht darüber hinaus, wie man noch andere Notstandsarbeiten machen kann ausser den Kanal. Wir werden kein übriges Geld mehr haben. Der Kanal muss gemacht werden, dort kann man nicht aufhören mittendrin. Wir müssen schon an die Gemeinden appellieren, dass sie ihr Möglichstes tun, um Arbeit zu verschaffen.

Vogt: Dann sollte man aber die oberländischen Arbeiter auch im Unterland zur Arbeit zulassen. Die Arbeit muss verteilt werden.

Frick: Wenn ich Arbeiterfragen vertrete, werde ich immer abgebrochen. Auch der Arbeiter will sein Recht.

Schriftführer Gassner tritt ab und es übernimmt Reg. Kanzl.

Seher Anton die Führung des Protokolles.

ident: Nur mit "lieben" könne man die heutigen Arbeitsverhältnisse u. die Stellung des Arbeiters nicht verbessern. Die Frage sei eben auch, woher man die hunderttausende nehme.

Der Arbeiter müsse sich eben wehren gegen Lohnrückerei.

Der: Das Land sei kein Lohnrücker, die Verhältnisse brächten eben es mit sich. Der Arbeiter könne sich eben heute mit dem Lohn auch nicht mehr auf der früheren Höhe halten. Der Bauer, der früher eine Kuh verkauft habe um 1000 Fr. müsse sie heute auch um 500 Fr. und noch weniger hergeben.

Als Arbeiter-Vertreter muss ich eben für die Arbeiter eintreten, wenn das aber nichts nützt, bleibe ich daheim.

Welchem Stand hat man mehr geholfen als den Arbeitern. Warum hat man auch den Kanal gemacht.

Nicht für die Arbeiter hat man den Kanal gemacht, für die Landwirtschaft.

ident: Das Kanalprojekt wurde auch als Notstandsarbeit gemacht. Es ist der Kanal sowohl für die Landwirtschaft als für die Arbeiter.

Den Vorwurf, der Kanal sei nur wegen der Arbeiter gemacht worden, muss ich zurückweisen.

Prz.: Wenn wieder einmal Krisenzeiten kämen, wäre man froh, wenn dann der Kanal gemacht ist und unser Land sich ziemlich selbst erhalten könnte.

Joh bin auch für den Kanal, nur den Vorwurf will ich zurückweisen man habe den Kanal für die Arbeiter nur gemacht, er nützt der Landwirtschaft später einmal mehr als den Arbeitern.

Der Kanal wurde gemacht, weil sonst grosse Teile/ ^{Pflanz-} Boden dem Untergang geweiht gewesen wären.

Joh: In unserer Gemeinde wären Viele, die nicht zu hübsch wären, irgend eine Knechtstelle anzunehmen. Als szt. im Bürgerheim eine gutbezahlte Stelle frei war, aben wir sie auf dem Kirchenplatze verlautbaren lassen. Es meldet sich niemand. Dort sind zwei Knechtstellen, der eine Knecht bekommt monatlich 120 Fr., der andere 90 Fr. u. Verpflegung, Wasche auch frei.

Mir wäre es lieb gewesen, wenn nur einer unter Dach gekommen wäre. Bei Heppberger waren auch Knechtstellen frei, einer meldete sich, aber sagte gleich, Heuablade und Melken tue er nicht, er wolle um 7 Uhr abends frei und komme in der Früh auch erst um 7 Uhr. Es ist aber klar, dass im Sommer ein Knecht auch in der Früh mähen gehen muss und auch Heuablade muss. Manche alleinstehende Burschen könnten so als Knechte untergebracht werden, wenn sie wollten.

Jeder will einmal selbständig werden, wenn einer aber als Knecht anfängt, wird er seiner Lebtag nie selbständig. Jeder will was lernen und selbständig werden. Knecht sein ist kein Ding zum Selbständigwerden.

Joh: Ich habe szt. trotz Bettelns keinen Liechtensteiner Knecht bekommen.

Ein Bauer braucht eben auch Mittel und Sachen, um eine Bauernwirtschaft betreiben zu können. Man kann nicht nur einfach anfangen. u

Joh: Wir müssen fürchten, dass die nächsten 3-4 Jahre vielleicht hundert Existenzen unter den Hammer kommen.

Ferd. Risch hat recht gehabt, man muss darauf schauen, dass die Arbeiter auch hiesige Plätze ausfüllen. Es sind so viel Auswärtige da, wieviel Arbeiter sind, die nie selbständig werden, es auch nicht werden wollen, sie handlangern ihr Leben lang. Die sollen knechten, da stehen sie wasser, weil sie dann immer Arbeit haben, sonst nur ein paar Monate im Jahr. Es wäre schön, wenn man den Arbeitern könnte schönen Lohn u. Arbeit geben.

Da wäre es schön wenn man einwirken würde auf die Arbeiterschaft, dass sie auch Knechtstellen annehmen würde. Betreffend Stundenlohn sind wir immer auf dem Standpunkt gestanden, man sollte einen schönen Lohn garantieren. Heute aber sind die Verhältnisse halt so. Es nützt nichts, wenn man sagt, man gibt 1 Fr. pro Stunde. Wenn man den Lohn sinken lässt, wird eher gearbeitet. In den letzten Jahren hat es solche gegeben, die die Bauernschaft aufgegeben haben und handlangern gegangen sind, weil die Arbeiter besser standen, dadurch haben sie den Arbeitsmarkt belastet.

Es ist mancher Knecht gewesen und ist doch zu was gekommen.

Mir wäre es auch recht, wenn manche Arbeiter knechten gingen.

Man muss fest darauf dringen, die auswärtigen Knechte zu verdrängen, soviel als möglich. Dadurch geht jährlich viel Geld aus dem Land hinaus. Man muss auch rechnen, was man in Verpflegung etc. hat, nicht nur das Bargeld ansehen, wie es Viele tun.

Jch habe auch schon gesagt, es sollte vielleicht möglich sein, ein Gesetz zuschaffen, dass bei der jetzigen Arbeitslage überhaupt ein Ausländer keine Stelle annehmen kann in Liechtenstein auf längere Zeit, ausgenommen etwa Spezialarbeiter. etc. Dann könnte man auch jedem, der eine derartige, ihm zugewiesene Stelle ausschlägt, jede Unterstützung durch die Regierung oder durchs Arbeitsamt versagen. Bevor wir zu dieser Massnahme greifen, wird es nicht möglich sein, liechtensteinische Burschen als Knechte unterzubringen.

Jbh wäre auch einverstanden, dass man einen Liechtensteiner anstellen muss, aber welcher Liechtensteiner kann in der Regel einen Knecht mit 100 und 80 Fr. Monatslohn anstellen. Wie kann das ein Bauer jetzt machen, bei den heutigen Viehpreisen. Der Bauer von heute kann ich kaum einen Knecht halten, der ihn 40 oder 50 Fr. kostet, ausgenommen etwa Fuhrknechte.

Jch würde kein Wort sagen, wenn ich nicht müsste, ich für mich komme schon durch.

Es gibt manchmal auch verschiedene Arbeiter. Da bekam einer von mir zugesagt, ich gebe ihm 5 Fr. zur Arbeitsannahme nach Glarus, er sagte aber, er müsse mehr haben und müsse dort noch leben, dann als ich ihm sagte, dann könne er eben verdienen, sagte er, dann wolle er lieber nichts und ging zur Tür hinaus.

Es kam ein Fall vor, dass man Leuten nach Toggenburg Reisegeld mitgab und etwas für Zehrung, am ersten Tage fand die Polizei sie besoffen und sie kam wieder auf dem Schub her.

Es darf einem Bauer auch nicht zugemutet werden, dass er jemanden anstellt, dem er nichts anvertrauen darf. Wenn so einer auf die Strasse geschickt wird, muss er schaffen, oder vom Platz.

meint man sollte schauen dass man mit der Schweiz übereinkäme, dass

mehr Liechtensteiner dort unterkämen, in der Schweiz seien viele Italiener u. Deutsche.

Chef : Hilfsarbeiter bringt man keine in die Schweiz, nur Maurer und Gipsler.

Wenn man nur hundert Arbeiter fortbrächte, wäre schon viel geholfen. Was die Lumpen anbelangt, so könnte die Gemeinde diese auch einmal in die Finger nehmen, man müsste ihnen einfach sagen so und so, Lumpen nimm ich auch nicht in Schutz. Mit Letzteren würde ich radikal verfahren.

Manche diese sollte man 1 Jahr in ein Arbeitshaus geben.

Wir sollten ein eigenes Arbeitshaus errichten. Io brächten wir sofort.

Meinetwegen sollen unsere Leute, die Knechte u.s.w. haben wollen, ihre Leute selber suchen.

Der Verwaltungsrat des Lawenawerkes steht gegenwärtig vor wichtigen Fragen. Wir sollten morgen die Unterschrift geben zu einem Verträge mit den Stadtwerken: Bisher haben wir den fehlenden Strom von dort bezogen, das kostet uns alljährlich 6000 Goldkronen vertraglich und ist nur etwas Halbes. Wir möchten, wenn es möglich wäre, etwas schaffen, um unser Land selbst mit Strom auch in jeder Jahreszeit zu versorgen. Wir denken da z.B. an eine Disselmotor-Anlage. Denn, wenn die Maschinen droben auch einmal defekt sind, d.h. beim Lawenawerk, und ausgeschaltet werden müssen, haben wir eine Reserve. Wir sind in Unterhandlung mit Jng. Moll wegen einer Disselmotor-Anlage. Der Kostenpunkt ist aber sehr hoch. Er hat uns dort offeriert eine Disselmotor-Anlage mit 66000 Fr., einen Generator mit 45.000 Fr., Fundament und Gebäude 15000 Fr. Es wäre geplant die Anlage neben das jetzige Werk anzubauen und sie könnte von den Leuten, die dort sind, bedient werden. Der Transport ist mit Fr 3000.- in Anschlag gebracht. Unvorhergesehenes mit Fr 5000.-. Das Geld wäre vorhanden, es müsste nicht an das Land herangetreten werden. Soviel hat das Lawenawerk auf der Seite. Wir möchten den

Landtag ersuchen, hiezu Stellung zu nehmen.

Eine andere Lösung wäre noch ,mit der Firma Jenny-Spörry zu verhandeln, die behaupten, sie hätten übrigen Strom, könnten ziemlich viel liefern .

Eine andere Lösung wäre mit Feldkirch auf 1 bis 2 Jahre abzumachen.

Das richtige wäre, dass wir Reserven hätten, dass wir im Notfalle uns selbst versehen könnten.

Man hat auch gedacht, dass wenn einmal ^{der} Tunnel gebaut würde, das Wasser dort herausgenommen werden könnte. Es würde da mit Frastanz u.s.w. allerdings Schwierigkeiten geben und lange Prozesse.

Chef. Es ist natürlich ausserordentlich schwer, zur Sache Stellung zu nehmen, wenn die technische Seite nicht gründlich abgeklärt ist. Was sagt Jng. Fürst dazu?

Sch. Fürst war letzte Woche einmal da ,er hat scheinbar von der Sache etwas erfahren, es ist etwas durchgesehen. Heute hat er von Feldkirch aus telefoniert. Jetzt ist er gerade beim Vogt unten.

Wir dürfen zwar zu Fürst vertrauen haben, aber es ist ihm ,wie mir scheint, doch daran gelegen, dass wir den Strom von Feldkirch beziehen .Wir möchten da freie Hand haben und werden uns erlauben, eventuell noch andere Sachverständige zu Rate zu ziehen, neben dem Fürst.

Chef. Ich bin im Grossen und Ganzen nicht allzu sehr Freund von Disselanlagen ,weil die Betriebskosten ziemlich viel Geld verschlingen.

Würde die Anlage in der erwähnten Kostenhöhe genügen ,um voraussichtlich für längere Zeit Liechtenstein mit selbständigem Strom zu versehen .Ist man dann vollständig unabhängig vom Ausland.

P. Jawohl.

S. spricht sich eher gegen Disselmotoranlage aus. Das Rohoel macht ihm Bedenken.

Chef. Die Sache ist noch nicht genug abgeklärt.

Risch . Wir müssten also schauen, dass wir Verlängerung bekommen, wir müssten mit Feldkirch sonst uns bis morgen entscheiden.

Risch fragt, wieviel wir zu wenig Strom haben.

Risch. In dem Moment, wo die Feldkircher sehen, dass wir auch andere Möglichkeiten haben, sind wir im Vorteil und wir können mit ihnen günstiger verhandeln.

Jng.

Präsident: Der Fürst ist da, weil er von der Regierung den Auftrag hat, auch für heuer die Revision durchzuführen, wie es gesetzmässig ja vorgeschrieben ist.

Risch. : Jng. Fürst ist also nicht von uns gerufen worden.

Präsident meint, man werde schon nocheinmal müssen mit Feldkirch verhandeln. Man hat auch ein bisschen lang gewartet.

Präsident: Für den Landtag ist es nicht möglich, Beschluss zu fassen nach den Unterlagen, die er bisher hat. Man hat keine genaueren Kostenvoranschläge, keine genauere Prüfung über die anderweitigen Möglichkeiten.

Risch. Ich möchte zuerst schauen, wie die Stimmung ist im Landtag bevor wir uns auf etwas Grosszügiges einlassen.

Präsident: Mit Diesselmotoranlage könnte man sich zwar schon unabhängig machen, aber mit dem Rohoel könnte es auch einmal Schwierigkeiten geben, dann wären wir doch nicht unabhängig.

Präsident. Chef . Man sollte bald in der Lage sein, sagen zu können, Feldkirch kostet so und so viel, Diesselmotoranlage so und so viel Jenny-Spörry so und soviel. Dann könnte man das beste herausnehmen.

Es wird beschlossen bald eine Konferenzsitzung einzuberufen, um die Sache zu besprechen.

Präsident. Frommelt Triesen regt Notstandsarbeiten an, man sollte vielleicht mit der Strasse nach Tr.berg etwas machen. Die Gemeinde, die viel Schulden habe und viel ausgegeben, könne nichts tun. Man solle eine Teilstrecke in Angriff nehmen um die Arbeitslosigkeit zu mildern.

Präsident. u. Dr. Beck unterstützen den Antrag.

Präsident. Ich werde den Abgeordneten bis zur nächsten Sitzung einen

Bericht über die finanzielle Lage des Landes geben, einen
genauen Bericht über die voraussichtliche Entwicklung. Es
wird mit der Schweiz irgend eine Klärung herbeigeführt werden
müssen, dann soll der Landtag beschliessen.

Präsident: meint, man solle die Mittel hauptsächlich am grossen Kanal-
projekt ausgeben und dann den Arbeitern etwa helfen mit
Zufahrtsmöglichkeiten etc.

rügt noch die Strassenbaute in Triesenberg, die seiner Ansicht
nach unzweckmässig sei, man müsse eben ein Projekt nicht
nur vom technischen Standpunkt aus beurteilen, sondern auch
vom wirtschaftlichen. Er erklärt die Strasse sei als solche
wirtschaftlich nicht notwendig gewesen. Der Gde. Rat sei
damals eben dafür gewesen, wegen der Arbeitsbeschaffung.

Er sei zwar kein Techniker, man baue aber keine Strassen in
erster Linie für Autos, sondern wegen der Leute und dem

Vieh:

Techniker

~~der~~ Vogt soll uns in einer nächsten Sitzung klarlegen, warum
man vom technischen Standpunkt aus die Strasse szt. so und
nicht anders gemacht habe.

Reg. Chef: Damals war eben der Gemeinderat dafür und manche

Unterschriften lauteten auch für Bau in dieser Art.

Schluss der Konferenzsitzung 12 Uhr.

Abraham
Georg Fiedler
W. Klein Wapler